

Eine Nord-Süd-Kommission für das 21. Jahrhundert

Vorbemerkung

Die SPD-Bundestagsfraktion legt dieses Positionspapier zur Nord-Süd-Kommission (NSK)¹ vor, um die im Koalitionsvertrag verankerte Initiative politisch zu begleiten und ihre strategische Ausrichtung aktiv mitzugestalten. Mit der NSK wurde im Koalitionsvertrag ein wichtiges Instrument vereinbart, um Deutschlands internationale Zusammenarbeit neu auszurichten, globale Gerechtigkeit zu stärken und handlungsfähige Partnerschaften auf Augenhöhe weiterzuentwickeln. Wir sind überzeugt: In einer Zeit tiefgreifender globaler Umbrüche braucht Deutschland einen klaren Kompass für sein internationales Engagement. Dabei ist die Stärkung globaler gerechter, verlässlicher und partnerschaftlicher Beziehungen zentral und ein sozialdemokratisches Kernanliegen.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist überzeugt, dass die Empfehlungen der NSK wichtige Impulse für die Weiterentwicklung des deutschen internationalen Engagements liefern können: mit klaren Leitlinien, politischer Orientierung und Impulsen für eine kohärente Außen-, Entwicklungs-, Klima- und Wirtschaftspolitik und unter Berücksichtigung unserer verteidigungs- und sicherheitspolitischen Interessen. Zugleich sollte die NSK eine Schlüsselrolle im anstehenden Post-2030-Prozess zur Weiterentwicklung der Agenda 2030 einnehmen. Beide Prozesse gehören für uns zusammen, weil nur ein anschlussfähiges und strategisch ausgerichtetes internationales Engagement Deutschlands die Grundlage dafür schafft, dass wir den Post-2030-Prozess aktiv, glaubwürdig und mit klaren politischen Prioritäten mitgestalten.

I. Konzeption und Zielbild

1. Brandts Nord-Süd-Kommission vor 50 Jahren

Erst heute, fast fünf Jahrzehnte später wird deutlich, welch weitreichende Wirkung die erste Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt entfaltet hat, international und innenpolitisch. Mit ihrem Abschlussbericht schuf die Kommission ein kohärentes, überzeugendes Narrativ globaler Gerechtigkeit, das weltweit Beachtung fand und bis heute Maßstäbe setzt. Für Deutschland war dieser Impuls von besonderer Bedeutung: Die Arbeit der Kommission stärkte maßgeblich die politische und gesellschaftliche Legitimation für eine aktive

¹ Der Begriff „Nord-Süd“ bildet die heutige Realität einer multipolaren Welt nur unzureichend ab. Die Lösung globaler Herausforderungen und Bildung von Allianzen verläuft entlang wechselnder thematischer, regionaler und politischer Konstellationen. Die Kommission sollte daher einen Namen tragen, der den Anspruch moderner, inklusiver Partnerschaften widerspiegelt und die Vielfalt globaler Perspektiven sichtbar macht. Der Begriff „Nord-Süd-Kommission“ wird zunächst verwendet, da er im Koalitionsvertrag verankert ist und an die historische Brandt-Kommission anknüpft.

Entwicklungszusammenarbeit und für strukturpolitische Maßnahmen, die über kurzfristige Hilfe hinaus auf nachhaltige Veränderung zielen.

Gerade im historischen Kontext (wie z.B. dem Scheitern der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIEO), der internationalen Schuldenkrise und der darauf folgenden Welle von Strukturanpassungsprogrammen) bot die Brandt-Kommission einen alternativen, sozial gerechteren Blick auf globale Zusammenhänge. Sie zeigte, wie internationale Politik solidarischer, inklusiver und damit auch zukunftsfähiger gestaltet werden kann. Für uns als Sozialdemokrat:innen ergibt sich daraus, dass breit verankerte Kommissionen Debatten verändern, politische Synergien erzeugen, eine gemeinsame Richtung definieren und Räume für Verständigung und Fortschritt schaffen können.

2. Warum eine neue NSK?

Die aktuelle weltpolitische Lage eröffnet allen Herausforderungen zum Trotz ein strategisches Zeitfenster. In einer zunehmend multipolaren Welt gewinnen neue Akteure und wechselnde Allianzen an Einfluss. Auch wenn systemische Wettbewerber versuchen, globale Regeln nach ihrem Interesse zu gestalten, wollen wir diese Umbruchphase nicht ängstlich allein als Erosion der bestehenden Ordnung verstanden wissen, sondern aktiv als Chance gestalten – für ein inklusiveres und gerechteres internationales System. Die große Mehrheit der Staaten bekennt sich weiterhin zum Multilateralismus, fordert jedoch zu Recht fairere Bedingungen, Beteiligung und Reformen zentraler Institutionen wie der Vereinten Nationen. Das wachsende Interesse an globalen Themenallianzen (z.B. globale Milliardensteuer, Klimafinanzierung oder Reform der Weltbank) unterstreicht diesen Anspruch.

Die bestehenden Strukturen der internationalen Finanz- und Wirtschaftsordnung erschweren vielen Partnerländern Investitionen in Gesundheit, Bildung und Sozialsysteme und begrenzen ihre Mitsprache in globalen Prozessen. Ebenso behindern sie häufig notwendige Investitionen in Klima- und Umweltschutz sowie in die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen. Dies zu leugnen, würde nur jenen den Weg ebnen, die das bestehende System durch ein vermeintlich anti-westlich dominiertes System ablösen wollen. Eine Reform dieser Ordnung ist entscheidend, denn globale Gerechtigkeit, faire wirtschaftliche Teilhabe, ökologische Nachhaltigkeit und multilaterale Zusammenarbeit bilden gemeinsam die Grundlage für Frieden, Wohlstand, Resilienz und Stabilität weltweit.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist überzeugt: Jetzt ist die Zeit, Umbrüche gemeinsam aktiv zu gestalten, bevor andere Akteure die Spielregeln neu definieren. Eine neue NSK ist dafür ein starkes politisches Signal mit dem Ziel, Orientierung zu schaffen, gemeinsame Interessen zu bündeln und ein progressives Leitbild globaler Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert zu entwickeln.

3. Leitbild: Partnerschaften für eine gemeinsame globale Zukunft

Eine neue NSK liefert Impulse und Orientierungen, die in die Weiterentwicklung des deutschen internationalen Engagements einfließen, mit konkreten Impulsen und realistischen Handlungsempfehlungen – sowie für einen Post-2030-Pakt, der auf globalen Partnerschaften beruht und Zukunftsfragen einer multipolaren Welt solidarisch beantwortet.

Die Arbeit der Kommission kann die Bundesregierung dabei unterstützen, ihre geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen im Lichte der Empfehlungen klarer zu bestimmen und zu kommunizieren. Die NSK kann durch ihre Empfehlungen dazu beitragen, dass Deutschlands internationale Zusammenarbeit kohärent, strategisch, interessengeleitet und wertebasiert weiterentwickelt wird, jenseits einzelner Ressortinteressen oder kurzfristiger Krisenpolitik.

Da internationale Kooperationen heute weit über traditionelle „like-minded“-Konstellationen hinausgehen, soll die NSK Strategien entwickeln, wie Zusammenarbeit und strategische Kooperationen – etwa im Klima- und Umweltschutz oder im Gesundheitsbereich – auch mit Staaten gestaltet werden können, die im Sinne des Koalitionsvertrags zu den schwierigen Partnern zählen oder unterschiedlichen politischen Systemen folgen. Dabei gilt es, im Rahmen einer wertegeleiteten Interessenpolitik Gesprächskanäle

offen zu halten und zugleich klare Kriterien sowie rote Linien zu definieren, um wertebasierte Außenpolitik und geopolitische Realitäten verantwortungsvoll miteinander zu verbinden.

Die Kommission darf dabei kein nationales Projekt Deutschlands bleiben, sondern baut auf breite internationale Unterstützung und löst sich bewusst von bestehenden Strukturen/Gruppierungen (z.B. G7, G20 oder Bretton-Woods-Institutionen). Länder, die schon jetzt eine gestaltende multilaterale Rolle einnehmen (wie z.B. Indonesien, Brasilien, Kolumbien) sollten von Beginn an in Führungs- und Steuerungsrollen eingebunden werden. Nur so entsteht ein repräsentativer Ort globaler Politikgestaltung.

Zugleich muss die neue NSK europäische Initiativen systematisch mitdenken, um internationale Wirkungskraft zu bündeln. Neben klassischen multilateralen Foren sollten auch plurilaterale und minilaterale Formate strategisch einbezogen werden, insbesondere dort, wo schnelle Fortschritte notwendig oder globale Reformprozesse blockiert sind. Damit die Zusammenarbeit mit Staaten, die als schwierige Partner gelten oder unterschiedlichen politischen Systemen folgen, verantwortungsvoll erfolgen kann, braucht es klare Kriterien, transparente Mandate und ein robustes Risikomanagement.

4. Politisches Ziel der NSK

Die NSK unterstützt durch ihre Ergebnisse die Weiterentwicklung eines kohärenten Engagements Deutschlands und berücksichtigt dabei die Weiterentwicklung einer gerechten und ambitionierten Post-2030-Agenda, die die bisherigen Nachhaltigkeitsziele fortführt und an neue globale Realitäten anpasst.

Die in der Agenda 2030 und ihren nachhaltigen Entwicklungszielen festgeschriebenen Anliegen muss Deutschland weiter und über 2030 hinaus unterstützen und mit Leben füllen. Dafür gilt es, Instrumente und Interessen klar zu definieren, politische Handlungsempfehlungen präzise zu formulieren und diese konsequent umzusetzen. Dabei müssen auch die Stärkung demokratischer Strukturen und rechtsstaatlicher Prinzipien berücksichtigt werden, da transparente, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen zentrale Hebel für nachhaltige Entwicklung sind.

Die NSK stellt so die Verbindung zwischen globalen Transformationszielen (Post- Agenda 2030) und den strategischen Interessen Deutschlands her.

5. Thematische Handlungsfelder

Ausgehend von den Zielen der Agenda 2030 konzentriert sich die NSK auf zentrale Felder globaler Transformation. In diesen Bereichen, die internationales Engagement bestimmen, entscheidet sich, ob gerechte Entwicklung, nachhaltiger Fortschritt und echte Partnerschaften im 21. Jahrhundert gelingen können.

Reform des Multilateralismus und globaler Entscheidungsstrukturen: Einsatz für eine inklusive, repräsentative und wirksame globale Governance-Struktur im Sinne eines erneuerten Multilateralismus und der Stärkung des regelbasierten internationalen Systems.

Sicherheit und Stabilität: Förderung resilienter staatlicher Strukturen, Prävention von Konflikten und Stärkung friedlicher, inklusiver Gesellschaften als Grundlage nachhaltiger Entwicklung.

Klimagerechtigkeit und grüne Transformation: Unterstützung einer sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen Transformation; Schutz und Förderung globaler öffentlicher Güter sowie gemeinsames Engagement für den Klimaschutz, den Erhalt der Biodiversität und eine gerechte Energiewende.

Migration, Gesundheit und Bevölkerungsentwicklung: Entwicklung gemeinsamer Strategien für sichere, geordnete und reguläre Migration; Förderung von Bildung, Gleichstellung, Gesundheit und Bevölkerungsentwicklung; Beschäftigung und sozialer Teilhabe insbesondere für junge Menschen und marginalisierte Gruppen.

Globale Finanzarchitektur und Schuldentragfähigkeit: Unterstützung von Reformen hin zu einer gerechten, inklusiven und widerstandsfähigen internationalen Finanzordnung; Förderung transparenter Finanzstrukturen, nachhaltiger Verschuldungsstrategien und wirksamer Schuldenerleichterungen, um Armut, Hunger und Ungleichheit langfristig zu überwinden.

Faire und nachhaltige wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ernährungssicherheit: Förderung eines gerechten Welthandelssystems, fairer Wirtschaftsbeziehungen und regionaler Wertschöpfungsketten; Stärkung resilienter Lieferketten, nachhaltiger Investitionen und zukunftsfähiger Infrastrukturen; Unterstützung von Ernährungssouveränität und nachhaltiger Landwirtschaft.

Menschenrechte und Gleichstellung: Förderung der universellen Menschenrechte, der Gleichstellung der Geschlechter und der umfassenden Teilhabe aller Menschen als zentrale Grundlage nachhaltiger Entwicklung - unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Behinderung, Religion, Weltanschauung, sexueller Identität oder sozialem Status.

6. Zielbild

Bis zum Ende der 21. Legislaturperiode soll die Kommission einen Bericht mit konkreten Handlungsempfehlungen und strategischen Leitlinien vorlegen:

- Eine Priorisierung globaler Reformfelder im Sinne der Agenda 2030 (u. a. Bekämpfung von Armut und Hunger, Förderung von Bildung, Geschlechtergerechtigkeit, Gesundheit, Klima- und Umweltschutz, nachhaltige Energie und Frieden, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung);
- Vorschläge für ein Post-2030-Abkommen;
- Konzepte für Allianzen und Kooperationsarchitekturen für eine gerechte und partnerschaftliche multilaterale Zusammenarbeit;
- Reformideen für multilaterale Institutionen und die internationale Finanzarchitektur;
- Maßnahmen zur Stärkung partnerschaftlicher, fairer und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung;
- Vorschläge zur Unterstützung von Staaten, deren innerstaatliche Stabilität z.B. durch Terrorismus gefährdet ist;
- Und daraus abgeleitet: Prioritäten, Leitlinien und Handlungsempfehlungen für das deutsche internationale Engagement.

Der Bericht soll, vergleichbar mit den Impulsen des Club of Rome oder der Brandt-Kommission, über eine rein analytische Beschreibung hinaus strategische Handlungsorientierung bieten.

Gleichzeitig ist die Arbeit der NSK darauf angelegt, über die aktuelle Legislaturperiode hinaus fortgeführt zu werden, um den politischen Dialog und die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen langfristig zu begleiten und weiterzuentwickeln: Die Kommission sollte nicht mit der Vorlage ihres Abschlussberichts enden und Optionen zur Verfestigung sollen entwickelt werden.

Analog zu den *Millennium Development Goals* (MDGs) und den *Sustainable Development Goals* (SDGs) braucht es ein kontinuierliches Monitoring der Reformprozesse, regelmäßige Dialogformate und die Fähigkeit, neue Impulse in globale Foren wie UN, EU, G20, COP-Prozesse oder andere Initiativen einzuspeisen. Nur eine langfristige Institutionalisierung ermöglicht echte Wirkung.

II. Organisation und Prozess

7. Zielbild

Die Kommission sollte international anschlussfähig und demokratisch repräsentativ sein:

- Global ausgewogenes Co-Chair-Modell
- Dynamisch, jünger, weiblicher
- Unabhängiges Sekretariat, mit Beauftragung durch die Bundesregierung
- Innovative Arbeitsformate
- Einbindung politischer Stiftungen, Think-Tanks, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft.
- Enge strategische Kooperation der relevanten Ressorts

Wie schon die Brandt-Kommission sollte die neue Kommission nicht primär als Expertengremium für fertige Vorschläge verstanden werden, sondern als „Listening Commission“. Sie soll Stimmen aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und insbesondere aus Regionen des Globalen Südens aufnehmen, systematisieren und in politisch handlungsfähige Konzepte übersetzen. Zuhören ist dabei kein Nebenaspekt, sondern konstitutiver Bestandteil des Mandats.

8. Prozess, Rollen und Einbindung

Vorbereitende unabhängige Expert*innengruppe („Pre-Commission“): Vor Einrichtung der Kommission sollte eine kleine, international besetzte Expert*innengruppe („Pre-Commission“) eingesetzt werden, die Themenvorschläge, methodische Ansätze und Verfahrensdiseins erarbeitet. Dies garantiert eine breite Anschlussfähigkeit und verhindert eine zu enge nationale Rahmensetzung.

Wo fließen die Empfehlungen ein?

- EU, G20, UN-Initiativen
- bilaterale und plurilaterale Partnerschaften
- Bundesregierung (BMZ/AA/BMF/BMWE/BMVg und nationaler Sicherheitsrat)
- Bundestag (AwZ, Haushalt, Europaausschuss etc.)

Einbindung des Parlaments

- Regelmäßige Berichte an Ausschüsse
- Vorstellung von Zwischenergebnissen
- Parlamentarische Impulse in Themengruppen

Akteurseinbindung

- Regierungen des Globalen Südens
- Multilaterale Organisationen
- Zivilgesellschaft (VENRO etc.)
- Wissenschaft, Think Tanks
- Wirtschaft & Sozialpartner
- Politische Stiftungen

Organisation über ein Sekretariat: Die organisatorische und inhaltliche Vorbereitung einer solchen Kommission erfordert eine Unabhängigkeit, die über die Kapazitäten eines einzelnen, federführenden Ressorts hinausgeht. D.h. die institutionelle Trägerschaft sollte durch ein unabhängiges Sekretariat gewährleistet werden, das nicht in bestehenden Verwaltungsstrukturen eingebunden ist. Dadurch entsteht der notwendige Freiraum für kreative Ansätze und neue globale Partnerschaften.

Mitglieder: International mit ausgewiesener Expertise in Ökonomie, Klima, Handel, Entwicklung, Governance, Außen-, Sicherheits- und Geopolitik.